

NACHRICHTEN

Schweizer Chef bei Etihad Airways



LUFTFAHRT sda. Die Swiss-Konkurrentin Etihad Airways geht mit einem Schweizer an der Spitze in die Zukunft. Der bisherige Werbechef **Peter Baumgartner** (Bild) übernimmt das Amt des Konzernchefs. Der Wechsel steht im Zusammenhang mit einer Erneuerung der Managementstruktur, wie das Staatsunternehmen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten bekannt gab. Baumgartner löst den bisherigen CEO und Präsidenten von Etihad, **James Hogan**, ab. Dieser wird innerhalb der neuen Struktur zum Präsidenten und CEO der Etihad Aviation Group.

Rückgang bei den Mieten

IMMOBILIEN sda. Die Mietpreise, die im April in der Schweiz angeboten wurden, sind um 0,2 Prozent gesunken. Das geht aus dem Mietpreisindex des Internetportals Homegate hervor, der monatlich veröffentlicht wird und als ein Barometer für die Lage auf dem Immobilienmarkt gilt. Im Vergleich mit dem Vorjahresmonat legten die April-Mieten in der Schweiz aber um 0,53 Prozent zu. In den einzelnen Regionen waren die Entwicklungen unterschiedlich. Während es im Kanton Zürich bei den angebotenen Mietpreisen im Vergleich zum März um 0,5 Prozent nach unten ging, blieben die Mieten etwa in den Kantonen Aargau und Thurgau weitgehend unverändert. In Luzern sanken die geforderten Mietpreise um 0,3 Prozent.

HEIZÖLPREISE

Richtpreise in Franken (inkl. Mehrwertsteuer) für die Stadt Luzern (übrige Gebiete je nach Transportkosten)

Preis 100 Liter	9.5.2016	Vortag
800 – 1500	81.90	81.00
1501 – 2000	79.20	78.30
2001 – 3500	74.60	73.80
3501 – 6000	72.00	71.20
6001 – 9000	70.50	69.70
9001 – 14000	67.50	66.60

Quelle: Swiss Oil Zentralschweiz

Alain Bersets Charmeoffensive

LUZERN Bundesrat Alain Berset warb gestern an der Universität Luzern für die Rentenreform. Er entdeckte Gemeinsamkeiten zwischen der Reform und Luzern.



Bundesrat Alain Berset (links) gestern im Gespräch mit dem Luzerner CVP-Ständerat Konrad Graber an der Universität Luzern. Bild Nadia Schärli

RAINER RICKENBACH
rainer.rickenbach@luzernerzeitung.ch

Seine Werbekampagne für die Rentenreform 2020 verband Bundesrat Alain Berset gleich zu Beginn seines Auftritts mit einer Charmeoffensive in Richtung Luzern. Es sei ideal, hier über die Reform zu sprechen, sagte der SP-Magistrat gestern an der Universität Luzern. «Luzern ist der Kanton der Mitte, der Kanton des Ausgleichs mit einer zapackenden Art. Genau das alles braucht es für die Rentenreform», so Berset. Eingeladen zum Talk im Hörsaal 1 hatte das Forum Luzern, dem von der Suva über die Krankenkassen bis zur AHV-Ausgleichskasse zahlreiche Einrichtungen angeschlossen sind, die im engeren und weiteren Sinne für die soziale Sicherheit stehen.

Mehrheiten finden

Gemittelt und ausgleichend – diese Bezeichnungen tauchten immer wieder auf, als Berset das Wesen des wichtigsten Reformwerkes der kommenden 20 Jahre charakterisierte. «Es nützt nichts, reine Lehren in die Vorlage zu verpacken, wenn sich danach keine Mehrheit im Volk findet, die dem Reformvorhaben zustimmt», so der Innenminister. Gemeint hat er damit die Forderungen nach einem höheren Rentenalter und einem Interventionsmechanismus mit Folgen auf das Rentenalter, wenn die Finanzen der AHV aus dem Ruder zu laufen drohen. Hinter den Begehren stehen der Arbeitgeberverband, der Gewerbeverband und bürgerliche Politiker, die rechts der Mitte beheimatet sind.

An sie richtete sich die einzige Spitze, die sich der reddegewandte Bundesrat gestern erlaubte. Nachdem er ausgeführt hatte, in den zurückliegenden zwanzig Jahren sei keine mehrheitsfähige Altersvorsorge-Reform zu Stande gekommen, meinte er: «Nun wollen die Akteure, die mit ihren Vorstellungen gescheitert sind, uns sagen, wie die Reform auszusehen hat.» Im gut besetzten Hörsaal heimste Berset dafür viel Zustimmung ein.

Die Demografie ist ziemlich stur

Die Demografie sei ziemlich stur, weitere reformfreie Jahrzehnte könne sich die Schweiz nicht erlauben, so Berset. Eine Konsequenz aus den missglückten Reformanläufen in den Jahren 2004, 2008 und 2010 war für ihn, eine transparente und umfassende Überarbeitung der Altersvorsorge ins Rollen

zu bringen. «Es handelt sich nicht um ein Mammutprojekt. Es ist einfach alles darin enthalten, was dazugehört», so Berset. Nur die AHV oder die Pensionskassen anzugehen, führe nicht zum Ziel. Denn die Leute sähen ihre Vorsorge als eine Einheit, von der sie wissen wollen, wie viel Geld sie davon erhalten.

Es gibt keinen Plan B

Ein Plan B existiere nicht, antwortete Berset auf eine Zuhörerfrage. Er hält es für unredlich, den Leuten den Ernst der Lage bei der Altersvorsorge vor Augen zu führen und dann nach einer allfälligen Ablehnung des Reformvorhabens eine zweite Variante aus dem Hut zu zaubern. Mit Varianten, die zuvor vielleicht noch als nicht umsetzbar gegolten haben.

Es gibt aber dennoch eine weitere Reform-Version, mit der Berset offenbar leben könnte: Es handelt sich um die Fassung des Ständerates. Sie wurde vom Luzerner CVP-Ständerat Konrad Graber vorgestellt. Am meisten zu reden gibt bei der ständerätlichen Version die AHV-Rentenerhöhung von 70 Franken pro Person. «Damit wollen wir die Einbusen zumindest teilweise kompensieren, die der tiefere Umwandlungssatz mit sich bringt», so Graber.

Momentan befasst sich die nationalrätliche Kommission mit der Reform. Der Nationalrat stimmt im Herbst darüber ab, das Volk entscheidet voraussichtlich 2018 darüber. Reformbeginn wäre zwei Jahre später.

Das ändert mit der Reform

BUNDES RAT r. Notwendig sind die Reformen der ersten (AHV) und der zweiten Vorsorgesäulen (Pensionskassen), weil zum einen die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer-Generation in den Ruhestand gehen und weil die Lebenserwartung steigt. Die Reform verspricht für die Zukunft gleich hohe Renten wie heute. Es ist aber gut möglich, dass die eidgenössischen Räte noch Änderungen an der Rentenreform 2020 vornehmen.

- **Umwandlungssatz:** Der Mindestsatz bei den Pensionskassen sinkt mit der Reform des Bundesrates von 6,8 auf 6 Prozent. Der Satz legt fest, wie viel ein Rentner von seinem Alterskapital jährlich ausbezahlt erhält. Auf 100 000 Franken Sparkapital gibt es mit 6,8 Prozent 6800 Franken, mit 6 Prozent sind es 6000 Franken. Der gesetzliche Umwandlungssatz ist für den obligatorischen Teil verbindlich. Im überobligatorischen Teil kann die Kasse den Satz selber festlegen. Bei vielen Kassen liegt der Umwandlungssatz darum bereits heute bei weniger als 6 Prozent.
- **Frauenrente ab 65:** Ab 2020 müssen die Frauen ein Jahr länger arbeiten. Die Erhöhung des Rentenalters von 64 auf 65 vollzieht sich in Etappen: Ab 2020 arbeiten die Frauen jedes Jahr

- zwei Monate länger, bis 2027 das Ziel erreicht ist. Auch bei der Witwenrente will der Bundesrat Änderungen: Sind die Kinder aus dem Haus, gibt es nicht mehr die volle Rente. Für Witwen ohne Kinder entfällt sie ganz.
- **Freiwillig länger arbeiten:** Die Rentnerberechnungen gehen von einem Abschied aus dem Arbeitsleben mit 65 aus. Das Pensionsalter wird aber bis 70 gegen oben hin flexibilisiert.
- **Höhere Mehrwertsteuer:** Wahrscheinlich 2020 steigt die Mehrwertsteuer (heute 8 Prozent) um 1 Prozent, 2027 möglicherweise um 1 oder ein halbes weiteres Prozent; 2 Mehrwertsteuerprozente würden zusätzliche 7 Milliarden in die AHV-Kasse spülen. Ohne diese zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen droht der AHV 2030 eine Finanzierungslücke von 7 bis 8 Milliarden Franken – pro Jahr. Sich selbst nimmt der Bund zurück: Sein AHV-Finanzierungsanteil sinkt von heute 20 auf 10 Prozent.
- **Schrittweise Pensionierung:** 62- bis 70-Jährige können mit der Rentenreform einer Teilzeitarbeit nachgehen und gleichzeitig eine Teilrente beziehen. Das ist heute zwar theoretisch schon möglich, jedoch für den Arbeitgeber sehr teuer und kompliziert zu bewerkstelligen.

ANZEIGE

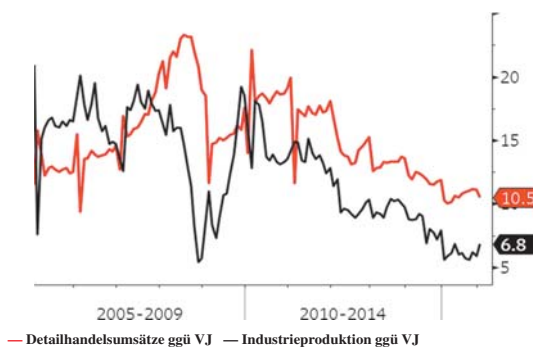
SZKB Standpunkt

MADE IN CHINA

Seit vergangenem Sommer wurden die Aktienmärkte regelmässig von Rückschlägen heimgesucht. An deren Ursprung standen immer wieder Sorgen rund um China. Von China weiteten sich die Probleme auf andere Länder (insbesondere Schwellenländer) und Märkte aus. Dem Öl kam in dieser Phase eine spezielle Rolle zu. Zum einen war der sinkende Ölpreis Symptom der «Krise» (Nachfrageschwäche). Zum anderen war er gleichzeitig auch Ursache für Rückschläge in anderen Märkten, z. B. bei Hochzinsanleihen. In den USA machen der Energiesektor und zugeordnete Industrien gegen 20% des ausstehenden Anleihevolumens aus. Darauf drohen wegen des tiefen Ölpreises Ausfälle.

Nach dem schlechtesten Start in ein Börsenjahr seit vielen Jahren – mit fallenden Aktienkursen und steigenden Kreditrisikoprämien – hat sich das Blatt ab Mitte Februar gewendet. «Risk on» lautet die Devise. Und wieder steht China im Fokus. Die von der chinesischen Zentralregierung eingeleiteten Massnahmen

China: stabiler Detailhandel, erstarkte Industrieproduktion (in %, Quelle: Bloomberg, SZKB)



scheinen ihre Wirkung zu entfalten. Die Wirtschaft wuchs im ersten Quartal getreu den Vorgaben Pekings mit 6,7%, die Yuan-Abwertung hat sich verlangsamt (zum US-

schläge für Unternehmensanleihen gingen zurück.

Chinas konjunkturelle Entwicklung war nie unsere grösste Sorge. Die Stabilisierung wird gelingen. Nur wie nachhaltig ist sie? Und da sind Zweifel angebracht, da sie bestehende Ungleichgewichte (Überkapazitäten, Verschuldung) verstärkt und strukturelle Probleme nicht angeht bzw. in die Zukunft verschiebt. Gemäss der Europäischen Handelskammer in China ist die Kapazitätsauslastung in der chinesischen Industrie seit 2008 trotz Wachstum markant gesunken – Tendenz weiter fallend. Und der IWF schätzt, dass einer von sechs Bankkrediten von Unternehmen gehalten wird, die weniger Umsatz (I) erwirtschaften, als sie Zinszahlungen leisten müssen. Diese Rechnung kann auf Dauer nicht aufgehen.

Es lässt sich derzeit durchaus ein positives Szenario skizzieren. Die Wirtschaft wächst verhalten, aber stetig, es herrscht weder Inflation noch Deflation und die Notenbanken sind allzeit bereit, noch bzw. wieder ex-

pansiver zu werden. Eine zu defensive Portfolio-Ausrichtung ist nicht angezeigt. Genau so wenig ist allerdings jetzt der Zeitpunkt, das aktuelle «Risk on»-Momentum auszureizen und übermässige Risiken einzugehen.



Thomas Heller
Chief Investment Officer
Leiter Research

Schwyz
Kantonalbank
Private Banking